

DIESE GRÜNEN!

Kreisverkehr an der Parkstraße?

■ Kein Verkehrschaos für Ronsdorf

Ein urgrünes Thema steht in Ronsdorf mal wieder auf der Tagesordnung. Vor rund einem Vierteljahrhundert ging es bei der L 418 für GRÜNE darum, eine (Quasi-)Autobahn durch Wuppertal zu verhindern. Jetzt steht die Diskussion um den Verkehrsfluss zwischen Lichtscheid und der A1 im Bereich Blombach an.

Die Befürworter des weiteren Schnellstraßenbaus im Wuppertaler Süden gehen von massiv erhöhtem Verkehrsaufkommen auf dem gesamten Streckenabschnitt zwischen Burgholtunnel und A 1 aus und fordern mit Vehemenz den Ausbau insbesondere der Parkstraße (L 419) im Norden Ronsdorfs. Nun, nach Eröffnung des neuen Tunnels, sei die Vierspurigkeit der Parkstraße ein zwingendes Erfordernis, auf das keineswegs jahrelang gewartet werden dürfe. Genau dies wird jedoch der Fall sein. Da auch andernorts im Land Straßen gebaut werden, ist eine kurzfristige Finanzierung eines weiteren Wuppertaler Millionenprojektes aus Landesmitteln illusorisch. Da derartige Wünsche seitens der Autofans in der Wuppertaler Verkehrspolitik insofern nicht sonderlich glaubwürdig sind, wurde zügig auf „Plan B“ umgeschaltet: die vorhandene Straße soll durch veränderte Verkehrsführung das erhöhte Verkehrsaufkommen bewältigen. Sofern das Ergebnis die eingesetzten Mittel rechtfertigt und keine irreparablen Schäden an Natur und Umwelt geschaffen werden, stellen sich die Wuppertaler GRÜNEN dem „Plan B“ nicht grundsätzlich entgegen. GRÜNE PolitikerInnen aus Rat, Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Ronsdorf haben stets deutlich gemacht, dass wir sinnvolle und



behutsame Umstrukturierungen im Bereich Parkstraße nicht grundsätzlich ablehnen. Der von der Stadtverwaltung auf Anforderung aus den kommunalpolitischen Gremien erstellte (und mittlerweile beschlossene) Vorschlag entspricht unseren Anforderungen allerdings nur zum Teil. Denn ob durch die geplanten Maßnahmen aber die gewünschte Entlastung erreicht wird, bleibt fraglich. Dies insbesondere deshalb, weil aufgrund des geplanten Wegfalls der Linksabiegemöglichkeit aus östlicher Rich-

tung (von der A 1 kommend) von der Parkstraße in die Staubenthaler Straße entweder erhebliche Umwege über den Lichtscheider Kreisel oder zusätzlicher Verkehr im Ronsdorfer Ortskern erzeugt werden. Dies stößt in Ronsdorf auf keine große Begeisterung. Um sowohl umweltschädigendem Stauverkehr zu den Stoßzeiten zu begegnen, als auch den Belangen der Ronsdorfer gerecht werden zu können, halten wir die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Parkstraße/Staubenthaler

Straße für sinnvoll und erwägenswert. Dass Kreisverkehre auch an unvermuteter Stelle ihr segensreiches Wirken entfalten, kann derzeit am Hofkamp/Neunteich in Elberfeld besichtigt werden. Für eine Zustimmung zu einem derartigen Prüfungsauftrag an die Verkehrsplaner im Rathaus konnten wir die anderen Fraktionen jedoch nicht gewinnen. Wir werden dieses Thema weiter verfolgen und uns weiterhin dem Schlagen breiter Autobahnschneisen durch Wuppertals Wälder entgegenstellen.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

wie alle drei Monate halten Sie wieder die GRÜNE Fraktionszeitung in der Hand. Wir informieren Sie über die wichtigsten politischen Planungen und Entscheidungen. Die schwarz-gelb geführte Landesregierung kürzt munter weiter, nächstes Jahr sollen zum Beispiel NRW weit alle Regionalstellen Frau und Beruf auf Null gesetzt werden. Über Jahre hinweg aufgebaute Strukturen der beruflichen Frauenförderung werden so mit einem Schlag zerstört. Weitere Themen, über die wir Sie informieren, sind: der auf die lange Bank geschobene Umbau des Döppersberg, die Umstrukturierung der Stadtwerke, das GRÜNE Engagement in Sachen Feinstaub in Schulen, was dem Kinder- und Jugendförderplan fehlt und über vieles mehr.

Blieben Sie uns gewogen,
Ihr Redaktionsteam

Neuausrichtung der Stadtwerke

■ ÖPNV-Angebot muss erhalten bleiben

Blicken wir zurück in das Jahr 2003: Mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Sache Altmark Trans war der Gesetzgeber aufgefordert, dem Wettbewerb im ÖPNV mehr Rechnung zu tragen.

Um diese neue Rechtslage auch auf unsere kommunale Belange herunter zu brechen, hat der Rat der Stadt eine Kommission eingerichtet, die sich mit der Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs und damit auch mit einer Neuorganisation der WSW auseinandersetzen sollte. Die Kommission wurde, weil das Thema Wettbewerbsrecht sehr komplex ist, in Fachfragen von renommierten UnternehmensberaterInnen in ihrer Auf-

gabe unterstützt. Die Umorganisation wurde und wird aber auch sehr intensiv von den MitarbeiterInnen der Stadtwerke mit ihrem Sachverstand begleitet. Ziel der GRÜNEN Fraktion war und ist es, einen leistungsstarken und bezahlbaren ÖPNV zu erhalten. Die NutzerInnen von Schwebelbahn und Bus haben in den letzten zwei Jahren ihre Antwort auf die hohen Energiekosten gegeben. Eine einprozentige Erhöhung des Fahrgastaufkommens, das schon vorher auf einem hohen Level war, spricht für die starke Nachfrage. Dies war eine wichtige Vorgabe, denn sie schafft Sicherheit für die geplante Neuorganisation. Es ist notwendig, die WSW in eine Holding, d.h. einen Verbund selbst-

ständiger Einheiten, umzuwandeln, wie es auch viele Stadtwerke in der gesamten Bundesrepublik gemacht haben oder in der Vorbereitung auf die neuen gesetzlichen Regelungen zur Zeit umsetzen. In Wuppertal wird der ÖPNV zu 100% in Händen der Kommune sein, die Versorgungssparte (Energie) wird zu 70% von der Stadt und zu 30% von RWE und Cegedel getragen, außerdem kommt die AWG ins Unternehmen zurück. Wir GRÜNEN unterstützen diese Umorganisation, weil wir so ohne Zeitdruck in einem geordneten und transparenten Verfahren das Ziel erreichen können, eine EU-Vergabekonforme Gestaltung herzustellen. Unser Ziel war und ist dabei auch, dass unsere BusfahrerInnen weiterhin zu einer

festgelegten Qualität das Angebot im ÖPNV in Wuppertal erbringen und nicht durch die Konkurrenz aus dem europäischen Ausland verdrängt werden. Dazu muss das Unternehmen WSW und hier die ÖPNV-Gesellschaft die Kriterien der Direktvergabe umsetzen. Das heißt, die Vorgaben eines durchschnittlich geführten Unternehmens erreichen - eine Forderung aus dem Altmark-Trans Urteil. Hier sind die Stadtwerke auf dem richtigen Weg und die Arbeit der letzten Jahre zahlt sich aus. Wir GRÜNEN werden auch nach der Ratsentscheidung am 25.09.06 dafür Sorge tragen, dass es in Wuppertal weiterhin einen qualitativ guten und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr gibt.

AUS DEM INHALT

- Seite 2
Döppersberg-Umbau
- Seite 2
Gastkommentar:
20 Jahre Flüchtlings-
beratungsstelle
- Seite 3
Kleine Höhe angezählt
- Seite 6
Feinstaub an Schulen
- Seite 7
Neuer Blitzwagen

Gastkommentar: Asylrecht ...

■ ... ist ein Menschenrecht und kein Privileg! 20-jähriges Jubiläum der Flüchtlingsberatung Wuppertal

von Achim Pohlmann,
Naciye Perktas, Katrin Löffelhardt

Am 8. September 2006 veranstaltete die Flüchtlingsberatung der Diakonie Wuppertal anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens eine Jubiläumsfeier. Flüchtlinge, Ehrenamtliche, Repräsentanten der Kirche und Vertreter der Kommune blickten gemeinsam mit den Mitarbeiter/innen der Flüchtlingsberatung auf 20 Jahre Einsatz für Menschenrechte.

Seit 1986 leistet die Flüchtlingsberatung für Menschen aus unterschiedlichen Ländern Unterstützung in allen Lebenslagen. Das damalige kleine Flüchtlingsbüro betreute zunächst ausschließlich Bürgerkriegsflüchtlinge aus Sri Lanka. Toleranz und Akzeptanz für die Flüchtlinge in der Wuppertaler Bevölkerung zu schaffen war ein primäres Ziel. Seit dem prägen alle weltpolitischen Ereignisse die lokale Arbeit der Beratung in Wuppertal. So waren und sind der Irak, das ehemalige Jugoslawien, das kurdische Gebiet in der Türkei, Togo und Kongo die Hauptherkunftsländer der hilfesuchenden Flüchtlinge.

Heute genießt die Flüchtlingsberatung das Ansehen einer professionellen Fachstelle für asyl- und ausländerrechtliche Fragen. Nach wie vor ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Lebenssituation von Flüchtlingen ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, ihren Vormündern und den betreuenden Jugendhilfeeinrichtungen. Das durch den Europäischen Flüchtlingsfond geförderte Projekt „Hejar“ hilft kurdischen traumatisierten Frauen bei der Bewältigung ihres Lebensalltags. Die Beratungsstelle ist auch das Fundament der Migrationsdienste der Diakonie Wuppertal. Die Mitarbeiterinnen der Flüchtlingsberatung setzen sich zusammen mit den Kolleginnen der Migrationsberatung und der Integrationsagentur für einen effektiveren Schutz von Flüchtlingen sowie eine Verbesserung der Rechtsstellung und Lebenssituation von Zugewanderten und Migrant/innen ein. Eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des Lebens soll erreicht werden. Die Migrationsdienste leis-

ten seit 2002 auch Beiträge zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung von Flüchtlingen. In den 20 Jahren ihrer Arbeit sah sich die Flüchtlingsberatung ständig mit der Verschärfung der Gesetze und härteren Gangart der Politik konfrontiert. Die Neuregelung des Asylgesetzes 1993 sowie die Einführung des Zuwanderungsgesetzes in 2005 reduzierten die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rechts auf Asyl und auf humanitären Schutz. Parallel zu diesen Entwicklungen hat die Flüchtlingsberatung drastische Kürzungen erfahren. Zukünftig muss sie mit weiteren Einsparungen rechnen, so dass langfristig das Fortbestehen der Beratungsstelle gefährdet ist. Deshalb beabsichtigt die Flüchtlingsberatung eine Stiftung zu gründen. Sie kämpft für den Fortbestand ihrer Arbeit. Die restriktive Gesetzgebung und der mangelnde Wille der Politik, eine Lösung vor allem für langjährige geduldete Flüchtlinge zu schaffen, macht auch bei rückläufigen Asylbewerberzahlen die Arbeit unentbehrlich. „Asylrecht ist ein Menschenrecht und kein Privileg!“

Riss & Lücke

Stillstand beim alternativen Wohnprojekt

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung berichteten wir über Riss & Lücke, einer Gruppe Jugendlicher, die außerhalb ausgetretener Pfade alternative Wohnformen ausprobieren wollen. Als Ort fanden sie die seit Jahren ungenutzte Fläche am Mirker Bahnhof. Im Mai platzten die Träume, eine Tochter der Deutschen Bahn ließ das Gelände polizeilich räumen. Damit wurde „Riss und Lücke“ erst einmal obdachlos. Seitdem hat

es eine Menge Unterstützung gegeben. Die Bezirksvertretung Elberfeld hat zugesagt, den Jugendlichen bei der Suche nach einem alternativen Grundstück zu helfen, die GRÜNEN haben Oberbürgermeister Peter Jung gebeten, er möge nach einem Alternativgrundstück der Stadt suchen. Im Sommer gab es Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen und Solidaritätskonzerte. Die von der Polizei beschlagnahmten Bauwagen konnten wieder abgeholt werden; sie scheinen waren laut Auskunft von Riss & Lücke in wesentlich schlech-

terem Zustand als vor der Räumung zu sein. Die Jugendlichen ließen nicht nach und besetzten im Juli eine städtische Brachfläche in Elberfeld, unterhalb des Sportplatzes Eschenbeek. Nach kurzen drei Tagen kamen sie der Aufforderung zur Räumung nach. Es besteht also wenig Hoffnung auf einen Platz, von dem sie nicht wieder verjagt werden können. Momentan leben die Jugendlichen in WG's, für die meisten hat die Schule wieder angefangen. Der Traum vom alternativen Leben besteht weiter, die Umsetzung rückt in immer weitere Ferne.

Döppersberg-Umbau

■ Leuchtturmprojekt auf der langen Bank

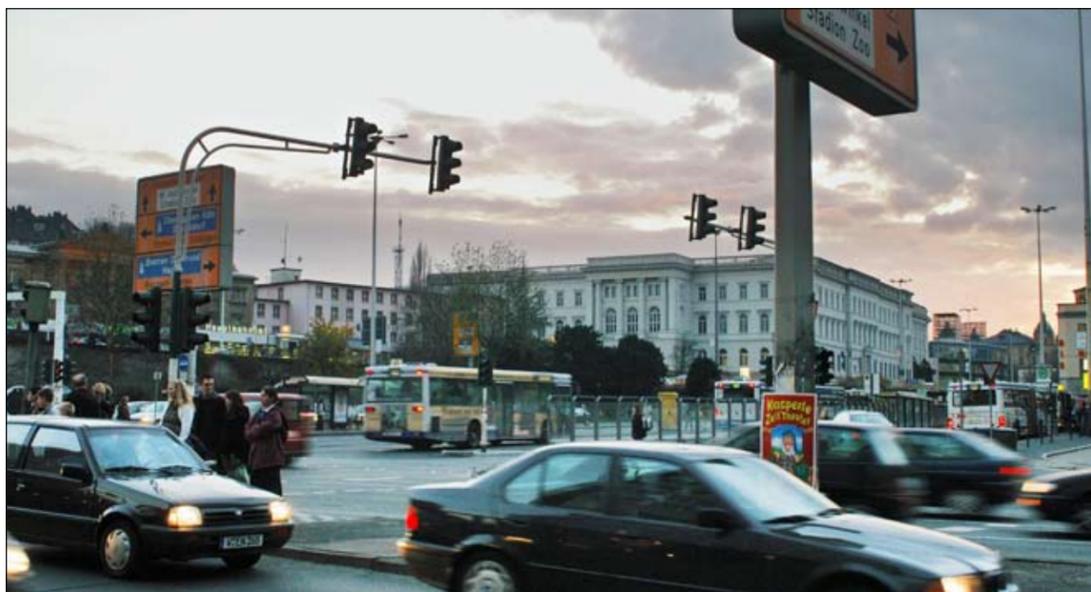
Mitten in die Feiern zur Bergischen Regionale 2006 kam die abschließende Zusage aus Düsseldorf, dass der Umbau Döppersberg, das Leuchtturmprojekt der Regionale 2006, realisiert werden kann.

Die vom Land zugesagten 55 Millionen Euro werden von NRW-Bauminister Oliver Wittke (CDU) allerdings erst 2009 zur Verfügung gestellt. Die Wuppertalerinnen und Wuppertaler werden also drei weitere Jahre vertröstet und müssen sich mit dem jetzigen Schandfleck arrangieren. Der Zustand des Tunnels ist für sie beschämend und für Gäste der Stadt unzumutbar, die Situation für die Fahrgäste von Bus und Bahn nicht akzeptabel. Die GRÜNE Fraktion ist zwar erleichtert, dass die definitive Zusage des Ministers endlich gegeben wurde. Dass der erste Spatenstich erst 2009 erfolgen kann, drei Jahre nach Ende der Regionale 2006, ist allerdings enttäuschend. Denn der Umbau des Döppersbergs

zu einem Verkehrsknotenpunkt, der den Bedürfnissen aller VerkehrsteilnehmerInnen gerecht wird und dem Tor zur Stadt ein neues freundliches und attraktives Gesicht gibt, ist seit

Jahren überfällig. Die Stadt wollte als gebranntes Kind nicht aufgrund von mündlichen Zusagen mit dem Umbau beginnen. Minister Wittke hatte bereits im Sommer 2005 seine

Zusage zum Umbau Döppersberg gegeben, jetzt also nochmals mündlich bekräftigt. Bis Redaktionsschluss lag noch kein schriftlicher Bewilligungsbescheid vor...



Gemeinsam gegen Ausverkauf!

GRÜNE unterstützen Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“

Mit der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ will das Aktionsbündnis „Zukunft der LEG“ den Ausverkauf der landeseigenen Wohnungen und die Aufhebung der Kündigungssperrfristverordnung verhindern. Diese Sperrfrist schützt MieterInnen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die Pläne von CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag legen die Vermutung nahe, dass durch die Einschränkung der Mieterrechte der Marktwert für die potentiellen LEG-Käufer gesteigert werden soll. Soziale Marktwirtschaft à la CDU/FDP!? Der geplante Verkauf von über 100.000 LEG-Wohnungen gefährdet die Sicherheit der MieterInnen und über 10.000 Arbeitsplätze. In Deutschland wäre fast jede fünfte Mietwohnung betroffen, in Wuppertal allein 1.150! Auch wenn Bauminister Oliver Wittke (CDU) immer wieder betont, „die Wohnungen werden nicht in die Hände von irgendwelchen Spekulanten kommen“. Fakt ist: 600.000 Wohnungen haben Fonds wie Fortress, Annington, Cerberus u.a. dem Staat in den letzten Jahren schon abgekauft. Fast alle (ehemaligen) Sozial- und Werkswohnungen der Industriekonzerne (ThyssenKrupp, RWE, E.ON u.a.) gehören ihnen schon. Solche Fonds verwalten Beteiligungskapital privater und institutioneller Anleger. Jetzt wollen sie sich auch die verbliebenen drei Mio. Wohnungen der öffentlichen Hand einverleiben - mit erdrückender Finanzkraft und hoher Renditeerwartung.

Damit die Gewinne stimmen, würden

- Belegschaften ausgedünnt
- Mieten erhöht
- Modernisierung und Instandsetzung zurückgestellt

- Grünflächen bebaut und privatisiert
- Sozialprogramme und Betreuungskonzepte heruntergefahren
- Mietwohnungen in großem Umfang als Einzeleigentum verkauft.

Uns geht es ebenso um die Beschäftigungsverhältnisse in den Wohnungsgesellschaften und in den lokalen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. Hierzu gehört die Sicherung der tarifrechtlichen und betrieblichen Regelungen sowie der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen von Beschäftigten der LEG. Die möglichen Einnahmen im Landeshaushalt, die aus einem Verkauf der LEG resultieren, stünden in Zukunft erheblichen Mehraufwendungen auf Seiten der betroffenen Städte gegenüber. Denn nach einer Privatisierung der Wohnungsbestände brächte eine private Gesellschaft nicht mehr das gleiche Engagement in die Erhaltung der Wohnquartiere und ihrer Sozialstrukturen auf.

Wir wollen eine öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik. Wir wollen einen sozial verantworteten Wohnungsmarkt, bei dem die Steuerungselemente zugunsten benachteiligter Menschen und der Stadtentwicklung beibehalten und ausgebaut werden.

Träger der Volksinitiative sind die Mieter- und Belegschaftsvertretungen aus ganz NRW. Neben den GRÜNEN NRW und Wuppertal unterstützen der DGB, attac und alle Oppositionsparteien diese Volksinitiative. Unterschreiben auch Sie!

Weitere Informationen und Unterschriftenlisten unter:
www.volksinitiative-leg.de



Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Michael Hohagen, Anja Liebert,
Gabriele Mahmert, Regina Orth, Paul Yves Ramette,
Ilona Schäfer, Marc Schulz, Susanne Sperling,
Sebastian Themel

Gastkommentare:
- Daniela Schneckenburger, Vorsitzende
des Landesverbandes der GRÜNEN in NRW;
- Flüchtlingsberatung: Achim Pohlmann, Naciye
Perktas, Katrin Löffelhardt

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Simonsstraße 80, 42117 Wuppertal

Auflage: 37.200

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Unter-
grünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der
Republik; Lebensbaum, Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ BV Ronsdorf

Seit der letzten Kommunalwahl vertreten Sebastian Themel und Michael Hohagen die Wuppertaler GRÜNEN in der Bezirksvertretung Ronsdorf.

Der 23-jährige Sebastian Themel arbeitet als Angestellter im Wuppertaler Einzelhandel, Michael Hohagen ist 52 Jahre alt und leitet eine Einrichtung für wohnungslose Männer. Neben seiner Tätigkeit in der BV Ronsdorf hatte Sebastian Themel seine politischen Schwerpunkte in den vergangenen Jahren in der Sportpolitik und im Bereich der innerparteilichen Jugendarbeit.

Michael Hohagen war bereits über mehrere Wahlperioden hinweg Bezirksvertreter in Barmen. Er ist Vorstandssprecher der Wuppertaler GRÜNEN und vertritt diese in verschiedenen sozial- und gesundheitspolitischen Gremien.

Gemeinsam ist ihnen der Wunsch, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten einer Bezirksvertretung auch auf der „kleinsten“ politischen Ebene an der Verbesserung der Lebensverhältnisse mitzuwirken. Die Aufgaben (nicht die Kompetenzen) einer



Foto: Privatchiv, Sebastian Themel



Michael Hohagen

BV sind durchaus vielfältig, so dass von der Beratung von Bau- und Planungsvorhaben über verkehrspolitische Fragen, Schul- und Jugendhilfeangelegenheiten und mitunter auch ordnungsrechtliche Probleme immer

reichlich zu tun ist. So gibt es einerseits stets wiederkehrende Themen wie etwa die Belastung von Wohnquartieren durch LKW-Verkehr oder die Vergabe der wenigen der BV unmittelbar zur Verfügung stehenden

Haushaltsmittel, andererseits „Highlights“ wie die Begleitung des neuen Verwaltungs- und Geschäftshauses im Ronsdorfer Ortskern, die Umgestaltung der Marktwiese (für die sich eine gute Lösung abzeichnet) oder

die Rettung des Parkanlage um das ehemalige Krankenhaus an der Staubenthaler Straße (die wir beim derzeitigen Planungsstand als gelungen ansehen). Auch Misserfolge gilt es aus GRÜNER Sicht zu verzeichnen.

So scheiterte leider die Ansiedlung einer Windkraftanlage auf Erbschloß und auch mit unserem Vorschlag auf Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Staubenthaler Straße / Parkstraße stoßen wir bis auf weiteres auf wenig Gegenliebe. Den Beratungen über diese vielfältigen Themen in der BV Ronsdorf liegt bei allen Beteiligten die Erkenntnis zugrunde, dass die Suche nach möglichst gemeinsam getragenen Lösungen bezirksbezogener Fragen in den meisten Fällen der gebotene Weg ist.

So ist denn auch das „Arbeitsklima“ in der BV Ronsdorf trotz mitunter erheblich unterschiedlicher Auffassungen von Kollegialität, Freundlichkeit und Respekt getragen. Diese für parlamentarische Gremien (auch in der Wuppertaler Kommunalpolitik) keineswegs immer selbstverständliche Praxis führt zu einer hohen Bürger-nähe in der politischen Arbeit.

Kleine Höhe angezählt

■ Satzungsbeschluss für Ende 2006 ausgeschlossen

Mehr als einen Achtungserfolg können die Gegner des auf der Kleinen Höhe geplanten Gewerbegebietes für sich verbuchen: Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz hat die Stadtverwaltung darauf hingewiesen, dass durch eine Novelle aus 2004 die Umweltschutzprüfung und der Umweltbericht in das Baugesetzbuch eingeführt worden sind. In den Überleitungsrichtlinien ist festgelegt, dass Verfahren für Bauleitpläne, die nach Juli 2006 abgeschlossen werden, nach den Vorschriften des neuen Baugesetzbuches zu Ende geführt werden müssen. Das trifft auch für das Bauleitplanverfahren Kleine Höhe zu, wie die Stadtverwaltung Wuppertal einräumen musste. Die Konsequenzen für das Prestige-projekt sind weitreichend: Vor dem für Ende 2006 avisierten Satzungsbeschluss zum Bauleitplanverfahren muss ein aktualisierter Umweltbericht

erstellt werden, verbunden mit einer fachkompetenten Umweltprüfung und einer Untersuchung zum Gewässerschutz. Erst dann kann eine erneute Offenlegung der Planungen erfolgen. „Nicht zu schaffen,“ jubilierten die GegnerInnen des Gewerbegebietes, zumal sie wissen, dass mit den neuen Vorschriften auch erhebliche Einschränkungen der geplanten Nutzung auf der Kleinen Höhe verbunden sind. Es bleibt abzuwarten, wie die Stadtverwaltung Wuppertal auf diese neue Entwicklung reagiert. Eine Vermarktung der Fläche ab Frühjahr 2007 ist jedenfalls ausgeschlossen und die nutzbaren Bauflächen auf der Kleinen Höhe aufgrund der ökologischen Bedeutung der Fläche deutlich reduziert. Außerdem steigen die Kosten für das geplante Gewerbegebiet derart, dass von einer 'kostenneutralen' Vermarktung nicht mehr ernsthaft die Rede sein kann. Wichtiger ist

aber in diesem Zusammenhang, dass neben den im Gewerbepark-Konzept der Stadt vorgesehenen exotischen Betriebsarten wie 'Health care' keine anderen Gewerbe zugelassen sind. Und die Firmen des Gesundheitswesens wollen schon heute nicht in dem in unmittelbarer Nähe zur Kleinen Höhe gelegenen Forschungszentrum der Bayer AG ansiedeln. Die Anfragen diverser Expeditionen aber sind und bleiben auf der Kleinen Höhe ausgeschlossen. Dieser Erfolg der Kleinen Höhe-GegnerInnen könnte sich zu einem Desaster für den neuen Baudezernenten Oberbürgermeister Jung entwickeln: Reichten bisher Sachargumente gegen das Prestige-projekt nur aus, die überheblichen Planungen auf der Kleinen Höhe in Grenzen zu halten, sprechen nun rechtliche Argumente gegen die beleuchtete Kuhwiese auf Kosten der SteuerzahlerInnen.

Der Kinder- und Jugendförderplan 2006 - 2009

Zuviel Beschreibung, zu wenig konkrete Handlungsaufträge:

Am 11.09. dieses Jahres hatte der Stadtrat das zweifelhafte Vergnügen, über den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Wuppertal abzustimmen. Seit dem 01.01.05 sind die Städte und Kreise in NRW verpflichtet, für die jeweilige Wahlperiode – hier also für den Zeitraum bis 2009 – einen solchen Förderplan aufzustellen. Dieser Pflichtaufgabe ist die Verwaltung leider nur unzureichend nachgekommen. Der Wuppertaler Kinder- und Jugendförderplan – der eigentliche Förderansätze für die verschiedenen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen bieten soll – verliert sich vielfach lediglich in der Beschreibung der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vermisst konkrete Handlungsaufträge für den geplanten Zeitraum. So ist z.B. vollkommen unstrittig, dass insbesondere die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch in Wuppertal unbedingt verbessert werden muss. Laut Plan ist z.B. „die Öffnung der Jugendverbände für Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund noch nicht überall so gelungen, dass (...) Ausschlussbarrieren überwunden werden können“. Wie denn nun diese Barrieren überwunden werden können, dazu gibt es keinen Hinweis. Auch im Bereich der Jugendsozialarbeit beschreibt der „Förderplan“ eine „deutlich schlechtere Ausgangssituation von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund bei der schulischen Bildung, beim Übergang in Ausbildung und bei der Integration in den Beruf“. Konkrete Maßnahmen - Fehlanzeige. Ein weiteres trauriges Kapitel dieses Förderplanes ist die Auflistung der Spielflächen in

den Stadtbezirken. Den vom Innenminister des Landes ausgegebenen Bedarfsrichtwert erreicht Wuppertal nur in einem einzigen Stadtbezirk, in Vohwinkel. In Barmen fehlen 45%, in Heckinghausen und Elberfeld fehlen jeweils 66% bis zur Erreichung des Richtwertes. Warum werden die Schulhöfe nicht mehr als bisher als Spielflächen genutzt? Auch hier Perspektivlosigkeit. An dieser Stelle etwas Ketzerisches: Dass Schulen und Schulhöfe im Kinder- und Jugendförderplan so gar nicht auftauchen, scheint auch wieder mal ein Hinweis auf die Qualität der Zusammenarbeit der Bereiche Jugend und Schule in der Verwaltung zu sein. Der Kinder- und Jugendförderplan muss unbedingt konkretisiert werden, wenn er Hilfe und Anleitung für Träger der Jugendhilfe, Politik und Verwaltung für ein kinder- und jugendfreundlicheres Wuppertal sein soll. Die bündnisgrüne Ratsfraktion hat zu diesem Zweck mit der FDP-Fraktion fünf Anträge in den Rat eingebracht. Diese sind nun zunächst in den Jugendhilfeausschuss überwiesen worden. Ein Schwerpunkt dieser Anträge ist die Konkretisierung des Planes für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wollen wir u.a. dem Spielflächenmangel durch weitere – sichere und mit Personaleinsatz begleitete - Öffnungen von Schulhöfen und die mögliche Ausweisung weiterer Spielstraßen begegnen.

Die Anträge finden Sie auch auf unserer Homepage www.gruene-wuppertal.de



Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Cronenberg

Das Leben in Cronenberg ist übersichtlich! Der dörfliche Charakter ist erhalten geblieben, Fachwerkhäuser und Kirchtürme prägen das Ortsbild. Es gibt Familien, die seit Generationen hier leben und in Familien- und Kleinbetrieben arbeiten. Der Ortsteil wächst, junge Familien mit Kindern ziehen aus dem Tal hierher. Wir leben in einem Mischgebiet, wo das Nebeneinander von wohnen und arbeiten meist noch funktioniert, ein Stadtteil der kurzen Wege.

In Cronenberg gibt es zahlreiche Vereine: Vier Bürgervereine, Chöre, Kaninchen- und Geflügelzüchter, Kirchen, Mundartgruppen, Elterninitiativen + Parteien und mitten drin: Die GRÜNEN! In der Bezirksvertretung Cronenberg sind wir durch Peter Vorsteher und Regina Orth vertreten. Peter Vorsteher ist 50 Jahre alt und unser Fraktionssprecher in der Bezirksvertretung. Er ist als „Küllenhahner mit Herz und Seele“ auch Vorsitzender des Küllenhahner Bürgervereins. So informierte der Bürgerverein beispielsweise vor wenigen Tagen mit Hilfe von Vertretern der WSW und der AWG (Müllverbrennung) die Küllenhahner Bürgerinnen und Bürger über die Anschlussmöglichkeiten an das Fernwärmenetz der AWG. Regina Orth (51 Jahre) ist Mitglied des Vorstandes von „Schau nicht weg“, eines Vereins, der sich aktiv gegen Gewalt unter Kindern und Jugendlichen wendet (www.schaunichtweg.info).

Der Verein wurde 2001 von zwei Cronenbergerinnen gegründet, die die andauernde Gewalt unter Kindern und Jugendlichen nicht mehr tatenlos hinnehmen wollten und ist mittlerweile über Wuppertal hinaus aktiv. Regina Orth ist stellvertretende Bezirksvorsteherin der BV Cronenberg

und beruflich als Mitarbeiterin im Weltladen der gepa tätig. Paul Yves Ramette (38 Jahre, übrigens mit Regina verheiratet, eine gemeinsame Tochter) ist Stadtverordneter für den Stadtbezirk Cronenberg-Süd und somit auch beratendes Mitglied der BV Cronenberg. „Schwerpunkt mei-

ner Arbeit im Stadtrat ist die Jugendpolitik.

Als Mitglied des Jugendhilfeausschusses geben wir immer wieder Impulse für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt, was unter einer großen Koalition nicht immer einfach ist“. Als Vorsitzender des „Ver-

eines zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit“ in Wuppertal-Cronenberg ist Paul Yves Ramette auch in seiner Freizeit „jugendlich“ aktiv.

Der Verein betreibt das Jugendhaus in der Händlerstraße 40, eine „Offene Tür“ der Kinder- und Jugendarbeit, die mittlerweile in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Bayer-Realschule auch qualifizierte Nachmittagsbetreuung für RealschülerInnen anbietet. Beruflich ist Paul Yves Ramette als Sozialversicherungsfachangestellter für eine große Krankenversicherung tätig. Wir haben unser Ohr an den Nöten der Bürgerinnen und Bürger, und diese Glaubwürdigkeit zählt in Cronenberg.

Thematischer Dauerbrenner in Cronenberg ist die weiterhin große Bautätigkeit, vornehmlich im Einfamilienhausbau. Vielfach kann die städtische Infrastruktur (soziale Einrichtungen aber auch Verkehrswege) mit dem Umfang der Neubauten nicht Schritt halten. Wir versuchen immer wieder Neubauten nicht auf bisher unversiegelten Flächen entstehen zu lassen, sondern auf ehemaligen Gewerbeflächen, die nicht als Gewerbefläche wieder belebt werden können. Hier muss aber auch bedacht werden, dass an vielen Stellen die Jahrhunderte lange industrielle Nutzung Spuren in Form von Altlasten hinterlassen hat.

Es gibt viel zu tun in Cronenberg und wir sind mit Freude und Elan dabei!



V.l.n.r.: Peter Vorsteher, Regina Orth, Paul Yves Ramette

Nach Rückbau der Talsperre

■ Natur erobert Herbringhausen

Anfang des Jahres wurde die Herbringhauser Talsperre (UHT) zurückgebaut. Eine einmalige Aktion in NRW. Wie kam es dazu und warum ist die Maßnahme aus ökologischer Sicht interessant? - Bereits 1998 hatten die WSW als Betreiber ein Planfeststellungsverfahren für den Rückbau der Talsperre beantragt.

Diese wird schon lange nicht mehr als Trinkwassersperre benötigt, der Unterhalt verursacht aber erhebliche Kosten. Nur zur Absicherung der Sanierungsarbeiten an der Oberen Herbringhauser Talsperre sollte die UHT noch bis zum Abschluss der Arbeiten erhalten bleiben. Im Herbst 2005 stellte die Bezirksregierung dann jedoch erhebliche Sicherheitsmängel an der Talsperrenmauer fest und sah „Gefahr im Verzuge“. Ende November 2005 wurden die WSW dann mittels einer Ordnungsverfügung aufgefordert, den Rückbau unmittelbar vorzunehmen. So wurde im Januar diesen Jahres die Talsperrenmauer geschlitzt. Damit waren vollendete Tatsachen geschaffen und die Möglichkeit gegeben, in einem „schlanken Verfahren“ die weiteren Maßnahmen festzulegen. Auf Wunsch der WSW sollte daher das ursprünglich vorgesehene Planfeststellungsverfahren aufgehoben werden. Ein Vorteil, der sich daraus ergibt ist, dass Gelder, die für ein umfangreiches Verfahren benötigt würden, statt dessen direkt in Maßnahmen vor Ort investiert werden können. Um trotzdem alle Interessen zu berücksichtigen,

hatte die Bezirksregierung für Mitte Mai zu einem Ortstermin eingeladen. Von diesem erhielten die Wuppertaler Umweltverbände aufgrund eines organisatorischen Fehlers jedoch keine Kenntnis, so dass ein zweiter Ortstermin Anfang August anberaumt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war schon deutlich erkennbar, wie die Vegetation die Fläche zurückerobert hat. In Anbetracht dieser Tatsache waren sich alle Beteiligten schnell einig, dass das Gelände einer natürlichen Sukzession überlassen werden soll. Die Entwicklung sieht sehr viel versprechend aus und soll durch ein Monitoring begleitet werden. Auf Wunsch der Umweltverbände soll zusätzlich die betonierte Gewässersohle des Ablaufs aufgebrochen werden und wenn möglich eines der Staubecken oberhalb der Talsperre als Amphibiengewässer erhalten bleiben. Der Erhalt des denkmalgeschützten Pumpenhauses sowie der Natursteinbrücke waren von vornherein unstrittig. Auch an die Erholungssuchenden wird gedacht: Auf dem östlichen Teil der ehemaligen Talsperrenmauer wird ein Aussichtspunkt mit Ruhebank entstehen. Dort soll außerdem eine Informationstafel auf die Geschichte des Ortes hinweisen, denn schon bald wird man nur noch erahnen können, dass sich hier einmal eine Talsperre befand. Und für alle, die sich selbst ein Bild machen möchten: ein Spaziergang entlang der früheren Talsperre ist auf jeden Fall empfehlenswert!

Wie bitte? Hallo, ich kann Dich nicht verstehen!

■ Warum ist eigentlich alles so laut hier?

Was hören Sie, wenn Sie ihre Fenster öffnen? Vogelgezwitscher, das Rauschen des Waldes, das Plätschern eines Baches oder einfach nur Stille? Glückwunsch, Ihre Ohren werden wenigstens zeitweise verwöhnt. Doch wie sieht es am Arbeitsplatz aus, im Straßenverkehr oder in der Diskothek?

Dort herrschen zum Teil Geräuschpegel, die krankmachen, denn dauerhafter Lärm über 65 Dezibel gefährdet die Gesundheit. Dann steigen nach einer Studie der Weltgesundheitsorganisation die Fälle von Ohrschädigungen, Schlafstörungen, Allergien, Herz-Kreislaufkrankungen, Bluthochdruck oder Migräne beträchtlich an. Wir haben uns fast schon an die Dauergeräuschkulisse in unserer Umgebung gewöhnt. Ob Motorgeräusche, rumpelnde Räder auf schlechtem Asphalt, das Quietschen der Schwebebahn oder das Grollen der Autobahn, die Geräuschkulisse hat es in sich und das oft permanent. Industriebetriebe verursachen Lärm, genauso wie Baustellen und LKW-Verkehr. Neuerdings düsen auch noch mehr Flugzeuge über Wuppertaler Stadtgebiet. Die Nachfrage nach Flugreisen ist unvermindert groß, nicht zuletzt wegen zunehmender Billigangebote. Die Anzahl der Starts und Landungen am Düsseldorfer Flughafen wird sich wohl eher erhöhen als verringern. Betroffene Städte und Gemeinden haben

die Möglichkeit, in der Fluglärmkommission des Düsseldorfer Flughafens die Interessen ihrer lärmgeplagten EinwohnerInnen zu vertreten. Der Ratsantrag der GRÜNEN mit dem Vorschlag, dass sich Wuppertal für einen Sitz in der Fluglärmkommission bewerben sollte, wurde von CDU und SPD im Rat abgeschmettert. Frei nach der Devise: Anträge, die keine schwarze Handschrift tragen, werden abgelehnt, egal welchen Inhalt sie haben.

Auch Freizeitlärm oder Lärm in der Nachbarschaft kann lästig sein. Laute Musik, für den einen ein Genuss, bedeutet für andere einfach nur Krach.

Lärm wird subjektiv und individuell unterschiedlich wahrgenommen. Dass viele Menschen durch Lärm krank werden ist jedoch eine Tatsache. Natürlich gehört zu Wuppertal auch eine Geräuschkulisse. Friedhofsruhe ist nicht das Ziel, sondern mehr Lebensqualität durch weniger Lärm.

Vermeintliche Hilfe kommt aus Brüssel in Form der EU-Umgebungslärmrichtlinie. Sie führte bereits im Sommer 2005 zu einer Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes. Städte und Gemeinden müssen bis Ende Juni 2007 Lärmkarten erstellen. Daraus sollen Lärminderungspläne entwickelt und umgesetzt werden, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Ob Verkehrslenkung und Verkehrsvermeidung, Auflagen für Gewerbe und Industrie oder andere

Schallschutzmaßnahmen, für eine Stadt wie Wuppertal werden Millionen Euro nötig sein, um den Lärmpegel zu reduzieren, Geld, das nicht zur Verfügung steht. Förderprogramme von Bund und Land sind notwendig, um den Städten die Umsetzung der Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu ermöglichen. Ohne Geld werden die Kommunen kaum in der Lage sein, die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen.

Wer selbst aktiv werden will, hat viele Möglichkeiten: zum Beispiel mit dem Auto spritsparend fahren, das bedeutet gleichzeitig weniger Lärm. Schon seit 1997 gibt es „spritsparende und lärmarme Autoreifen“, die jedoch am Markt ein Nischendasein führen. Dabei würde schon eine konsequente lärmarme Bereifung den Verkehrslärm erheblich reduzieren können. Auch die Wirtschaft könnte viel mehr gegen Lärm tun und lärmarme Motoren und Maschinen entwickeln. Wie unsinnig Lärm sein kann, wird jetzt im Herbst wieder lautstark zu hören sein. Die Laubsäuger werden wieder aktiviert und rauben uns den letzten Nerv. Eine wesentlich ruhigere Alternative wäre doch der gute, alte Besen, oder?

grün^W
Keiner wie wir.

Gastkommentar: Wie geht es nach Morgen?

■ Der grüne Zukunftskongress war ein Zwischenstopp auf dem Weg zu einer Neuorientierung grüner Politik

Fastzweitausend Anmeldungen zu einem Kongress, der der offenen Debatte diente, davon viele „grünnennahe TeilnehmerInnen“ – der Zukunftskongress der Bundespartei am ersten Herbstwochenende in Berlin war in der Tat ein Erfolg. Der Kongress zeigte, dass die GRÜNEN zentraler Ort offener gesellschaftlicher Debatte sind, mit der Fähigkeit zur Kontroverse in Sachfragen auch jenseits von Parteitag.

Die entscheidenden Fragen, die uns als GRÜNE in den kommenden Monaten beschäftigen werden, lagen dabei am Ende des Kongresses klar auf dem Tisch: Wie sieht die sozialpolitische Antwort der GRÜNEN auf die langjährige Massenarbeitslosigkeit aus? Ist die zukunftsweisende Antwort das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens, das in der GRÜNEN JUGEND und in Gewerkschaftskreisen diskutiert wird, oder ein Modell einer grünen Grundversicherung, kombiniert mit Varianten eines dauerhaften zweiten Arbeitsmarktes, wie bspw. dem Modell der Dienstleistungsagenturen? Wie sieht die Ant-

wort der GRÜNEN auf den rasant voranschreitenden Klimawandel aus? Brauchen wir nicht eine neue Radikalisierung der Ökologiepolitik? Bedeutet eine radikale Zuspitzung ökologischer Politik nicht angesichts alarmierender Klimaentwicklung eine realistische Politik zu machen? Brauchen wir also wieder eine Debatte über unseren Lebensstil? Und letztlich die Fragestellung, die quer zu politischen Einzelthemen liegt und eine entscheidende Weichenstellung für unsere Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen bedeutet: Wieviel Staat wollen wir? Welches Staatsmodell wollen wir als GRÜNE?

Es war nicht die Aufgabe des Kongresses, verbindliche Antworten für politische Alternativen zu formulieren, das wäre auch ein Überforderung der Veranstaltung gewesen. Es war Aufgabe des Kongresses, Freiraum für die Diskussion über mögliche Alternativen anzubieten - die Partei - und hier haben wir in NRW eine wichtige Funktion - wird die Debatte in ihren unterschiedlichen Entscheidungsstrukturen zu einem Ergebnis führen müssen. Der Kongress war damit auch eine Antwort auf die Sommerloch-Debat-



Foto: Landesverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW

ten um mögliche Machtkonstellationen unter GRÜNER Beteiligung. Nicht das unterschiedslose Kreisen um Koalitionsmöglichkeiten ist die aktuelle Aufgabe der GRÜNEN im nächsten Jahr, sondern die inhaltliche Neuorientierung entlang der auf dem Kongress benannten Fragen. Denn: Eine politische Beteiligung der GRÜNEN an der Macht ist nicht das Ziel, sondern der Weg für eine ökologische und soziale Politik für die Gesellschaft – deswegen muss die Frage im Vordergrund stehen, ob die politische Bilanz in möglichen Machtkonstellationen stimmt – ob der Weg also in die richtige Richtung führt. Und: Der politische Kompromiss von gestern ist nicht Ziel und Programm grüner Politik, sondern das Ergebnis konkreter machtpolitischer Konstellationen gewesen – und insofern vorläufig.

Die letzte Einsicht jedenfalls könnte nicht nur den Blick in die Zukunft, sondern auch den Blick auf die Vergangenheit vereinfachen.

Daniela Schneckenburger,
Vorsitzende des Landesverbandes der GRÜNEN in NRW

Einheitliche Regelung für Geschwisterbeiträge

■ in Tageseinrichtungen und Offener Ganztagschule wurde verbart

Familien müssen warten und hoffen

Wenn in Wuppertal Geschwister gemeinsam eine Offene Ganztagsgrundschule (OGGS) besuchen, dann erhält das jüngere Kind eine Beitragsermäßigung. Besuchen beide eine Tageseinrichtung der Stadt (Kindergarten, Krippe oder Hort), ist es sogar von den Beiträgen befreit. Sollte aber der viel häufigere Fall vorliegen, dass ein Kind eine OGGS besucht und das jüngere Geschwisterkind in den Kindergarten geht, dann müssen für beide die vollen Beitragssätze geleistet werden. Die Erklärung hierfür ist, dass beide Einrichtungen unterschiedlichen Satzungen bzw. Entgeltordnungen unterliegen, die zwar jeweils Ausnahmen von der Beitrags-

pflcht beinhalten, eine übergreifende Regelung aber nicht vorsehen. So muss eine Familie mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 30.000 Euro für zwei Kindergartenkinder monatlich 70,56 Euro (mit zusätzlicher Mittagsbetreuung) zahlen, für zwei Kinder in der OGGS 70 Euro und in der oben dargestellten Konstellation 110,56 Euro. Dies stellt eine Mehrbelastung in Höhe von 40 Euro pro Monat dar, die einzig darauf zurückzuführen ist, dass eine einheitliche Regelung zwischen Tageseinrichtungen und Schulen noch nicht zustande gekommen ist. Um hierfür Abhilfe zu schaffen, haben sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Septembersitzung des Rates dafür stark gemacht, eine übergreifende Beitragsbefreiung für Geschwisterkinder

herbeizuführen. Hierbei bot sich für alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit, die Familienfreundlichkeit der Wuppertaler Politik unter Beweis zu stellen.

Auch die Ankündigung der Verwaltung, Ende des Jahres eine Lösung herbeizuführen zu wollen, hätte Gelegenheit geboten, dieses Vorhaben durch einen Ratsbeschluss noch einmal zu untermauern. Leider verpassten die beide großen Fraktionen (CDU und SPD) an diesem Tag die Chance Größe zu zeigen und im Interesse der betroffenen Kinder und Eltern eine schnelle Lösung herbeizuführen. Stattdessen wird das Thema auf die lange Bank geschoben, so dass nur zu hoffen bleibt, dass die avisierte Umsetzung durch die Verwaltung nicht in Vergessenheit gerät.

Volle Unterstützung für die

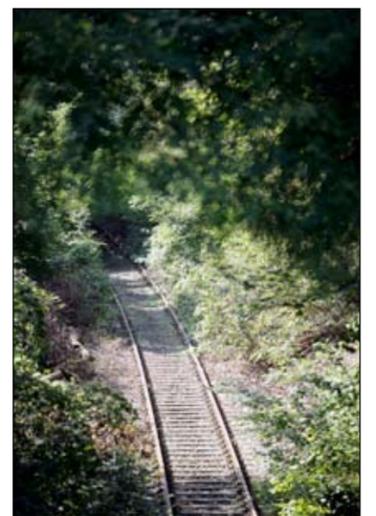
■ Wuppertalbewegung!

Ausbau der Nordbahntrasse zum Fuß- und Radweg ganz auf GRÜNER Linie

Nachdem der Verein „Wuppertalbewegung“ der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN seine Machbarkeitsstudie für die Nutzung der Nordbahn-Trasse als Fuß- und Radweg vorgestellt hatte, war klar: Wir unterstützen das Projekt hundertprozentig!

Dieses Projekt und die mit fachlichem Wissen professionell erstellte Machbarkeitsstudie hat uns sehr beeindruckt. Wir sind begeistert und freuen uns über dieses außergewöhnliche bürgerschaftliche Engagement! Ein Rad- und Wanderweg mit der Möglichkeit einer späteren schienengebundenen Nutzung ist ein für Wuppertal einzigartiges Unterfangen. Die Intention des Vereins, darüber hinaus die Integration der anliegenden Stadtteile zu verbessern und die Ansiedlung von klein- und mittelständischen Unternehmen entlang der Trasse mit in den Fokus zu stellen, macht dieses Projekt nachhaltig und zukunftsfähig. Schon in ihrem Wahlprogramm haben sich die GRÜNEN für die Reaktivierung und Sicherung der Trasse als Rad- und Wanderweg ausgesprochen, bisher fehlte aber eine politische Mehrheit. Doch nun haben alle Fraktionen ihre Unterstützung signalisiert, eine Grundvoraussetzung für ein solches Projekt. Wir hoffen sehr, dass dieses Projekt als förderungswürdig eingestuft wird und EU-, Bundes- und Landesmittel fließen werden. Wir möchten auch Sponsoren und Sponsorinnen sowie alle WuppertalerInnen ermuntern, diese Chance zu nutzen und das Projekt zu unterstützen. Für Wuppertal bedeutet eine Realisierung eine Attraktivitätssteigerung und mehr Lebensqualität. Ein Wander- und Rad-

weg auf der Nordbahn-Trasse wird über die Grenzen Wuppertals hinaus einen einzigartigen Erlebnis-, Erfahrungs- und Erholungsraum bieten, der mit Sicherheit auch viele BesucherInnen in unsere Stadt locken wird. Die Trasse mit ihren historischen Brückenbauwerken wird so nicht dem Verfall überlassen, sondern sich zu einem Schmuckstück und stadtbildprägenden Highlight entwickeln können. Die Möglichkeit, diese Trasse



mit ihrer geringen Steigung als Rad- und Wanderweg zu nutzen, wird für viele WuppertalerInnen nicht nur ein Freizeitvergnügen, sondern auch als Radwegverbindung entlang der Talachse ein Gewinn sein.

www.wuppertalbewegung.de

grün[®]
Keiner wie wir.

ANZEIGE

Partei ergreifen
Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unser Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neuen Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Information wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de

Feinstaub an Schulen

■ Welchen Belastungen sind Kinder ausgesetzt?

Im letzten Jahr hat die Diskussion um Feinstaub in der Außenluft die Gemüter erregt. Die zulässigen Grenzwerte wurden deutlich überschritten, Kommunen mussten Aktionspläne und Luftreinhaltepläne erarbeiten. In Wuppertal ist der Steinweg das Symbol für „schlechte Luft“.

Aber gibt es Feinstaub nur draußen? Wie sieht es mit der Feinstaubbelastung in Innenräumen aus, z.B. in Schulen oder Kindergärten? Dieser Frage ist man in Studien in Berlin, Frankfurt und Stuttgart nachgegangen. In Berlin wurde festgestellt, dass die Feinstaubbelastung in Klassenräumen so groß sei wie die in Raucherhaushalten. Ähnlich sehen die Ergebnisse in Frankfurt aus. Zu anderen Werten kommt eine Erhebung in Stuttgart: Hier heißt es, die höchsten Belastungen seien nicht in Klassenzimmern, sondern in den eigenen Wohnräumen nachgewiesen worden. Alle Studie kommen jedoch zu der einheitlichen Feststellung, dass

hohe Feinstaubkonzentrationen auch immer mit hohen CO₂-Konzentrationen in der Luft korrelieren. Eine grundsätzliche Empfehlung zu Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen lautet daher: ausreichendes und richtiges Lüften.

Da Feinstaub als gesundheitsgefährdend einzustufen ist, wollte die GRÜNE Fraktion wissen, wie die Situation in Wuppertal ist. Auf unsere Anfrage vom 13.06.06 erhielten wir eine umfangreiche Antwort des Gebäudemanagements der Stadt (GMW). Darin heißt es, dass Feinstaubmessungen an Wuppertaler Schulen nicht geplant seien. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Konzentrationen hier ähnlich hoch liegen wie in den genannten Großstädten.

Um aussagekräftige Messwerte zu erhalten, müsste über einen längeren Zeitraum in unterschiedlichen Schulen gemessen werden, das ist zur Zeit aber nicht finanzierbar. Ebenso wenig finanzierbar ist die tägliche feuchte Reinigung der Klassenräume wie in

Berlin empfohlen. Sie würde mit rund 1 Million Euro pro Jahr zu Buche schlagen. In Wuppertaler Schulen wird also auch zukünftig nur jeden zweiten Tag feucht gewischt.

Einen interessanten Ansatzpunkt liefert das GMW dagegen in Sachen Lüftungsverhalten an Schulen: sogenannte „Miefampeln“ zeigen an, wann die CO₂-Konzentration im Klassenraum den maximal zulässigen Wert überschreitet. Diese flächendeckend einzusetzen wäre finanziell tragbar und könnte für eine bessere Lüftungsdisziplin bei SchülerInnen und LehrerInnen führen. Und besseres Lüftungsverhalten bedeutet gleichzeitig weniger Feinstaub – ganz ohne zusätzliche Kosten.

Die GRÜNE Fraktion unterstützt daher den Einsatz der „Miefampeln“ an Wuppertaler Schulen. Bleibt festzuhalten: das Thema Feinstaub an Schulen sollte zwar ernstgenommen, aber auch nicht überbewertet werden. Wir werden es jedenfalls weiter im Auge behalten und bei neuen Erkenntnissen aktiv werden.



Foto: Privatarchiv

Beim Treppenlauf am 13.08. erlief Jürgen Zilian für die GRÜNEN einen hervorragenden Platz 23 (800 Menschen waren insgesamt am Start). Wir wissen nicht, auf welchem hinteren Platz Andreas Mucke, angetreten für die SPD, gelandet ist...



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Unsere Irmgard ist jetzt Alt-Bürgermeisterin

Lange hat sie gezögert, wollte keine Ehrung, fand es für sich nicht angebracht. So ist sie eben, unsere ehemalige Bürgermeisterin Irmgard Wohler. Sie will wollte sich nicht nie in den Vordergrund drängen, so sie bleibt sie wie eh und jeh, bescheiden und zurückhaltend. Anfang September ist der 71-jährigen glücklicherweise nun doch der Ehrentitel „Alt-Bürgermeisterin“ verliehen worden, der Rat der Stadt hatte es einstimmig so beschlossen. Wie fing es eigentlich damals alles an?

Irmgard Wohler zog mit der ersten GRÜNEN Fraktion 1984 in den Rat ein und wurde unter großem Medieninteresse Deutschlands erste GRÜNE Bürgermeisterin. Insgesamt drei Ratsperioden war sie Stadtverordnete, zweimal auch Bürgermeisterin von 1984 – 1989 und von 1994 – 1999.

Ihr Herzenthema ist bis heute die Umweltpolitik. Mit großem Engagement und viel Geduld rückte sie

den Umwelt- und Naturschutz, die Agenda 21 und die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Sie verstand es vorzüglich, parteiübergreifend nicht nur für umweltpolitische Belange zu werben und zu überzeugen.

Auch um die Probleme von Kindern und Jugendlichen kümmerte sie sich, lud zu Kindersprechstunden ein und hörte sich die Wünsche, Sorgen und Hoffnungen an. Viele Anregungen der Kinder konnten umgesetzt werden und Kinderfreundlichkeit wurde Thema der Verwaltung.

Unter Irmgards maßgeblicher Beteiligung erreichten die GRÜNEN die Einrichtung des Umweldezernates und der Frauengleichstellungsstelle, den Ausstieg der Stadt an der Beteiligung am Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, den Beitritt Wuppertals zum Klimabündnis oder und die Erstellung des „Handlungsprogramms Zukunftsfähiges Wuppertal“ im Rahmen der Agenda 21, um nur einige Erfolge zu nennen.

Auch das Fuhlrott-Museum liegt Irmgard sehr am Herzen. Dieses Naturkundemuseum mit seiner wertvollen naturwissenschaftlichen Sammlung ist ein in der Stadt wenig geliebter Schatz und müsste dringend modernisiert werden. Doch die finanziellen Zuwendungen sind mehr als rar. Ein von den GRÜNEN bereits 1985 herbeigeführter Ratsbeschluss zur Erweiterung und besseren Ausstattung des Museums, wurde bis heute nicht erfüllt.

Wir Wuppertaler GRÜNEN sind Irmgard Wohler zu großem Dank verpflichtet. Wir schätzen sie sehr und freuen uns, wenn sie sich zwar selten, aber dann mit Enthusiasmus und Elan für GRÜNE Ideen einsetzt. „Sie ist unser GRÜNES Gewissen“, so hat es einmal jemand formuliert. Und genau so ist es.

Die GRÜNE Ratsfraktion gratuliert Irmgard Wohler ganz herzlich zu der Verleihung des Ehrentitels „Alt-Bürgermeisterin“

Weiterbildung ade -

wieder nicht Wort gehalten, Frau Sommer!

Die NRW Landesregierung streicht weitere 18 Millionen Euro bei den Volkshochschulen und Familienbildungsstätten. Vor der Landtagswahl versprach die CDU Kürzungen in der Weiterbildung rückgängig zu machen. Schon 2006 mussten die Weiterbildungseinrichtungen massive Kürzungen verkraften. Jetzt ist endgültig mit einem Wegbrechen von Strukturen zu rechnen. Die Kürzungen treffen viele. Allein die Angebote der 138 Volkshochschulen werden jährlich von 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen. Die Folgen sind klar: Personalabbau, Angebotsreduzierungen, Entgelterhöhungen. Es wird weniger Weiterbildung geben, es wird teurer und für viele nicht mehr bezahlbar. Die Kommunen können diese Kürzungen nicht auffangen, schon heute tragen sie die

Hauptlast neben den Teilnehmenden, die stetig höhere Entgelte zahlen müssen. Alle Möglichkeiten zur Optimierung sind ausgereizt. Einsparungen können nur durch Personalabbau und Entgelterhöhungen erreicht werden. Jetzt geht es an die Substanz. Aber Ministerin Sommer sieht dies anders: „Solange die Kürzungen in diesem Umfang bleiben, könnten die Einrichtungen ihre Arbeit fortsetzen. Mit diesem Ergebnis könne man auch andernorts leben.“

Leben ja, aber weiterbilden nein! Weiterbildung muss ausgebaut werden, damit unsere Gesellschaft nicht in Gebildete und Ungebildete, in Ausgeschlossene und Dazugehörige auseinander fällt. Alle Weiterbildungseinrichtungen rufen zum Widerstand auf www.bildung-stoehrt-nur.de lassen wir die Landesregierung wissen, dass die Kürzung nicht einfach hingenommen wird.



Altbürgermeisterin Irmgard Wohler mit GRÜNEN Stadtverordneten der ersten Stunde

Sicherlich fahren wir Rad!

■ Bald auch endlich sicher?

In der nächsten Ratssitzung können SPD und CDU beweisen, wie sehr ihnen der Fahrradverkehr in Wuppertal am Herzen liegt. Wuppertal soll sich zu einer fahrradfreundlichen Stadt entwickeln, fordern GRÜNE und FDP in einem Antrag. Eine uralte GRÜNE Forderung zur Verbesserung der Bedingungen für RadfahrerInnen soll endlich konkret umgesetzt werden. Kernstück dabei sind bessere Radwege und Abstellmöglichkeiten für Räder.

Konkret fordern wir eine Fahrradstation bei der Umgestaltung des Döppersbergs, die aus dem Landesprogramm „100 Fahrradstationen in NRW“ finanziert werden kann. Außerdem unterstützen wir das Vorhaben der WuppertalBewegung e.V., die Nordbahntrasse gemeinsam mit der Kohlenbahn als Fuß- und Radweg umzugestalten. Somit bleibt die Nordbahntrasse als Verkehrsweg erhalten und kann in Zukunft weiterhin als Bahnstrecke reaktiviert werden. Das vielfach geforderte Radverkehrskonzept für Wuppertal steht natürlich als Forderung an. Vor allem ein durchgehender Radweg von Vohwinkel nach Beyenburg entlang der Talachse

muss endlich Wirklichkeit werden. Gerade beim Umbau oder bei Erhaltungsmaßnahmen von Straßen können kostenneutral Radstreifen auf der Fahrbahn angelegt werden - so kommen RadlerInnen schnell und sicher durch die Stadt. Auch der Freizeitverkehr kann mit einfachen Mitteln attraktiver gestaltet werden. Radwegbeschilderungen zur besseren Orientierung - auch mit touristisch interessanten Routen - locken Menschen aufs Rad, die vielleicht nicht ständig mit dem Fahrrad unterwegs sind. Für die Überwindung von steileren Strecken (z.B. Nord-Süd-Verbindungen) fordern wir die Wuppertaler Stadtwerke auf, bessere Mitnahmemöglichkeiten für das Fahrrad anzubieten. Die Woche der Mobilität im September (16.-22.09.2006) war für GRÜNE auch Anlass - wie bereits im letzten Jahr - DANKE zu sagen. Unser Dank galt Allen, die bereits jetzt auf umweltfreundliche Verkehrsmittel setzen. Fahrgäste von Bus und (Schwebe)bahn konnten sich bereits über eine süße Überraschung freuen, die von Mitgliedern der GRÜNEN Fraktion am Döppersberg überreicht wurden.

Mit dem Fahrrad nach Matagalpa

■ Wuppertals Partnerstadt in Nicaragua ist eine Radreise wert

Eine Gruppe von 15 Wuppertalerinnen und Wuppertalern trat im Juli eine Reise nach Nicaragua an. Der Städtepartnerschaftsverein Wuppertal-Matagalpa und der Verein „Der grüne Weg e.V.“ - Mit dem Fahrrad zur Partnerstadt“ hatten gemeinsam diese Radtour in das faszinierend schöne, aber auch sehr armen Land Mittelamerikas organisiert. Ziel war Matagalpa - seit 19 Jahren Partnerstadt von Wuppertal.

Die Idee zu dieser Radtour entstand 2003, als „Der grüne Weg“ RadfahrerInnen aus Wuppertals Partnerstädten zu einer Global Friendship Tour nach Berlin einlud. Damals kamen auch 5 junge Leute aus Matagalpa. Ein Gegenbesuch war schnell geplant, doch die Vorbereitungen dauerten drei Jahre.

Diesen Sommer war es endlich soweit: Das Abenteuer konnte starten. Die eigenen Räder blieben zu Hause, neue wurden in der Hauptstadt Managua gekauft. Erstes Ziel war die Insel Ometepe im großen Nicaragua-See. Von dort ging es per Boot nach Granada, wo Radfahrer



Foto: Der grüne Weg e.V.

aus Matagalpa die deutsche Gruppe erwarteten. Über Leon und einem Abstecher zum Pazifik radelten die StädtepartnerInnen gemeinsam rund 400 Kilometer bis Matagalpa. Wuppertals Partnerstadt bereitete den RadlerInnen einen triumphalen und

herzlichen Empfang. Nach einer Woche intensiver Begegnungen und Besichtigungen hieß es Abschied nehmen. Die Fahrräder sind in der Partnerstadt geblieben, gespendet an soziale, kirchliche und kommunale Einrichtungen.



Aus für Regionalstellen Frau und Beruf

Ab 2007 gibt es keine Landesförderung mehr. Anders als in Hamburg, wo gerade drei Regionalstellen Frau und Beruf eingerichtet wurden, glaubt man, in NRW darauf verzichten zu können. Wie alle Fraktionen in Hamburg halten die Wuppertaler GRÜNEN sie jedoch für unverzichtbar: Nicht nur Frauen, auch die Wirtschaft wird bei Fragen nach Qualifizierungsangeboten, Erziehungsurlaub etc. von den Regionalstellen unterstützt und beraten. Umso erstaunter sind wir nun, setzt sich der zuständige NRW Minister Laschet doch verbal gern für die Stärkung frauenspezifischer Arbeitsmarktförderung ein: man könne es sich heute nicht mehr leisten, auf das Potenzial hervorragend ausgebildeter Frauen zu verzichten. Alles nur Lippenbekenntnisse, denn über Jahre hinweg aufgebaute Strukturen

der beruflichen Frauenförderung werden mit einem Schlag zerstört. Die Stellen sind nicht überflüssig: Noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase ist für die meisten Frauen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Politik der Landesregierung bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd! Die Regionalstellen Frau und Beruf sind unverzichtbar. Sie informieren, beraten und unterstützen Frauen bei der Rückkehr in den Beruf oder bei einer Existenzgründung so gut wie keine andere Beratungsstelle, meint auch Stiftung Warentest. Die für Wuppertal und Solingen zuständige Regionalstelle wurde vor kurzem bei der Bergischen Volkshochschule angesiedelt. Doch auch bei der Bergischen Volkshochschule sollen die Landes-

zuschüsse um 24 Prozent reduziert werden. Diese Kürzung und der Wegfall der Landeszuschüsse für die Regionalstellen können von der Stadt nicht mehr aufgefangen werden. Die GRÜNE Fraktion stellte im Rat der Stadt im September den Antrag, dass die Stadt Wuppertal sich gegen eine Schließung der Regionalstellen Frau und Beruf ausspricht. Die Landesregierung wurde darin aufgefordert, die angekündigte Streichung der Zuschüsse zurückzunehmen. Denn eines ist klar: Ohne Regionalstellen gibt es keine kontinuierliche berufliche Frauenförderung, die aktiv von engagierten Frauen betrieben wird. Leider erklärten CDU und SPD den Antrag im Rat für erledigt, die große Kooperation in Wuppertal billigt somit weitere Kürzungen zu Lasten der Frauen.

Neuer Blitzwagen statt...

...alter Starenkästen CDU knickt ein wie der Mast vom Starenkasten - aber unauffällig

Die Diskussion ist nicht neu, aber immer wieder spannend. Wie können Verkehrsunfälle vermieden werden, wie die Sicherheit auf den Straßen verbessert werden? Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Möglichkeit, aber wie blitzt es sich am besten? Mobil oder stationär? Da die CDU mit dem Versprechen zur Wahl angetreten ist, die Starenkästen abzubauen, steht das Ergebnis bereits fest. Medienwirksam wurden die Starenkästen abgesägt, jetzt kann die „große Koalition“ nicht umknicken und diese - auch von der unabhängigen Unfallkommission favorisierten - Masten wieder aufstellen. Die steigenden Unfallzahlen in Wuppertal zwingen jedoch zum Handeln. Bisher werden viel zu wenig Straßen über-

wacht, gerade sogenannte „schutzwürdige Bereiche“ (Kindergärten, Schulen, Altenheime etc.) werden kaum berücksichtigt. Hier ist bisher die Polizei im Einsatz, aber die Kapazitäten sind begrenzt. Für GRÜNE steht Sicherheit an erster Stelle, daher unterstützen wir die Maßnahmen, die die Unfallkommission für sinnvoll hält. Da wegen der politischen Großkoalitionären Wetterlage die oftmals sinnvoller Starenkästen zurzeit nicht durchsetzbar sind, verschließen wir uns der Anschaffung eines zusätzlichen Radarwagens nicht. Allerdings fordern wir, dass sichergestellt wird, dass die schutzwürdigen Bereiche und Unfallschwerpunkte im Mittelpunkt stehen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Überwachung dieser sensiblen Stellen ist sehr hoch, das Argument der „Abzocke“ entfällt somit.

ANZEIGE

Politische Lösung für den Nahen Osten!?

Diskussionsveranstaltung mit der außenpolitischen Sprecherin der Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Bundestagsfraktion

Kerstin Müller



Wo: KV-Büro, Oberbergische Str. 8 Wuppertal

Wann: Mittwoch, 11. Oktober 2006 18:30 Uhr



**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal**

**fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
http://www.gruene-kvwuppertal.de**

Ratschronik 19.06.2006

GRÜNE Alt-Bürgermeisterin
Einstimmig beschloss der Stadtrat, der ersten GRÜNEN Bürgermeisterin bundesweit, Irmgard Wohler, die Auszeichnung Alt-Bürgermeisterin zu verleihen.

Finanzielle Mehrbelastungen für Wuppertal durch das schwarz-gelbe Schulgesetz
Das neue Schulgesetz stellt Weichen in die falsche Richtung: weniger Gerechtigkeit, weniger Leistung, weniger individuelle Förderung, weniger Freude am Lernen. Die Landesregierung ist auf dem besten Weg, die Schule in NRW zur Paukanstalt der Fünfziger zurückzuentwickeln. Darüber hinaus belastet es die Kommunen zusätzlich. Die GRÜNEN fragten nach, welche Kosten auf Wuppertal zukommen; die Verwaltung wird die Zahlen im nächsten Schulausschuss vorlegen.

Strukturwandel fördern, Stadtentwicklung forcieren Strukturfonds der EU für Regionale Entwicklung 2007 – 2013

Um auch als Bergische Region Chancen auf europäische Fördergelder für strukturschwache Gebiete zu erhalten, stellten die Fraktionen GRÜNE und FDP diesen Antrag: Die Verwaltung soll sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass auch Kommunen unter vorläu-

figer Haushaltsführung wie Wuppertal Zugang zu den Fördertöpfen erhalten können. Für die Bergische Region wurde vorgeschlagen, insbesondere Projekte einer integrierten regionalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung auf den Weg zu bringen. Als wesentlicher innovativer Faktor soll der Umweltbereich gestärkt werden: ExistenzgründerInnen sowie Klein- und mittlere Unternehmen, die sich im Bereich der Ressourcen- und Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien und der Umwelttechnologien wirtschaftlich betätigen, sollen besonders gefördert werden. Auch Projekte, die im Rahmen der Regionale 2006 nicht realisiert werden konnten, sollen erneut auf Förderfähigkeit überprüft werden. Das würde z.B. die Attraktivierung der benachteiligten Stadtteile Oberbarmen, Wichlinghausen, Loh und Arrenberg betreffen oder das Freiraumprogramm Talachse. Die Regionale-Agentur, die seit ihrem Bestehen viele Kontakte in der Region knüpfen und Kompetenzen bündeln konnte, soll nach Möglichkeit weitergeführt werden.

Leider wollte sich die große Kooperation aus CDU und SPD dem Antrag nicht anschließen und lehnte ihn ab.

Sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern

Schon vor 26 Jahren beschloss der Rat, die sprachliche Gleichbehandlung von

Frauen und Männern zu berücksichtigen. In Pressemitteilungen und Veröffentlichungen der Stadt wird dieser Beschluss immer weniger beachtet. Deshalb beantragten die GRÜNEN im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und auch im Rat, dass der „alte“ Ratsbeschluss wieder bei städtischen Publikationen angewandt werden soll.

Nach GRÜNER Ansicht eine Selbstverständlichkeit. CDU und SPD legten mehr als 6 Wochen später als die GRÜNEN einen eigenen Antrag vor, der einen städtischen Redaktionsausschuss installiert und „eine verbindliche Handreichung für einen freundlichen, klaren und korrekten sprachlichen Auftritt erarbeitet“. Auf Nachfrage der GRÜNEN wurde erläutert, die geschlechtergerechte Sprache sei im Wörtchen „korrekt“ natürlich enthalten. Damit war der GRÜNE Antrag erledigt und wir sind gespannt, wie die „korrekte“ Sprache in städtischen Publikationen in Zukunft umgesetzt wird.

Schülerfahrtkosten- und Lernmittelfreiheit für ALG II-EmpfängerInnen

Die GRÜNEN beantragten, dass die Stadt die Finanzierung der Schülerfahrtkosten und Lernmittel von Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen sicherstellt, nachdem sich die schwarz-gelbe Landesregierung aus der Verantwor-

tung gestohlen hat. Bereits jetzt fällt es einigen Familien schwer, Bücher, Malutensilien oder Turnzeug zu kaufen. Der Eigenanteil für die Schulbücher bedeutet zusätzlich 17,64 Euro bis zu 38,22 Euro pro Schulkind. Die GRÜNEN wollten keine Kinder ohne Schulbücher in den Unterricht schicken. CDU und SPD lehnten den GRÜNEN Antrag im Rat ab, da sie einen eigenen Antrag mit der gleichen zentralen Forderung gestellt hatten.

Machbarkeitsstudie Nordbahntrasse der Wuppertal-Bewegung e.V.

Die Wuppertal-Bewegung hat ein Konzept zur Einrichtung eines Fuß- und Radweges auf der Nordbahntrasse vorgestellt, das in der Öffentlichkeit und in der Politik einhellige Unterstützung findet. CDU/SPD sowie GRÜNE und FDP stellten den Antrag, dass die Verwaltung Realisierungsmöglichkeiten überprüfen und den städtischen Gremien berichten soll. Die Anträge wurden beschlossen. (siehe Seite 5)

Geschlechtergerechter Haushalt

Die Stadt Wuppertal stellt ihren Haushalt auf neue Grundlagen. Das Zaubermagisch heißt Neues Kommunales Finanzmanagement. Die GRÜNE Fraktion stellte den relativ bescheidenen Antrag, dass die Verwaltung prüfen möge, in welchen Feldern

auch ein geschlechtergerechter Haushalt (Gender Budgeting) zur Anwendung kommen könne. CDU und SPD lehnten selbst die Prüfung kategorisch ab. Begründung: der Haushalt unterscheidet nicht nach Geschlechtern und deshalb sei auch der Antrag der GRÜNEN überflüssig. Schade, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse, Erfahrungen und Initiativen aus Städten wie München, Berlin, Basel, Bonn und Köln, um nur einige zu nennen, ignoriert wurden.

Chef-Sachen

Nachdem der Oberbürgermeister bereits in der letzten Ratssitzung Bauplanung und -ordnung in seinen Geschäftsbereich gezogen hatte, legte er in dieser Ratssitzung nach und übernahm auch noch die Stadtentwicklung und -planung. So viel Macht war noch nie in den Händen eines Oberbürgermeisters.

Die GRÜNEN hatten bereits zur letzten Ratssitzung eine „Schnittstellen- und Prozessanalyse“ beantragt, weil der Oberbürgermeister als zentrales Argument seiner Entscheidung genannt hatte, er wolle Schnittstellen und Reibungsverluste abbauen. Die GRÜNEN werten die Anhäufung von Ressorts beim OB als unstrukturiertes Handeln und als ein Zeichen von Führungsschwäche. Der GRÜNE Antrag wurde von der großen Kooperation für erledigt erklärt...

Ratschronik 11.09.2006

Ausgezeichnet

Irmgard Wohler, die erste Bürgermeisterin der GRÜNEN in Wuppertal (übrigens auch bundesweit) wurde feierlich in der Ratssitzung als Alt-Bürgermeisterin ausgezeichnet. Oberbürgermeister Peter Jung und ihr junger Nachfolger, der amtierende GRÜNE Bürgermeister Lorenz Bahr, würdigten ihr jahrzehntelanges politisches Engagement. Siehe Artikel auf Seite 6

Bauleitplanverfahren Kleine Höhe

Durch eine Änderung des Baugesetzbuches ist eine Aktualisierung des Umweltberichtes zur Planung des Gewerbegebietes auf der Kleinen Höhe notwendig geworden. Damit kommen die Auswirkungen einer Bebauung auf den Naturhaushalt der Kleinen Höhe erneut auf den Prüfstein. Nach den genauen Auswirkungen erkundigten sich die GRÜNEN in einer Ratsanfrage. Siehe auch den Artikel auf Seite 3

Zukunft der Weiterbildung in der bergischen VHS

Die schwarz-gelb geführte Landesregierung NRW plant eine Kürzung des VHS-Etats um 24 Prozent. Die GRÜNE Fraktion fragte nach den Folgen für Wuppertal. Siehe auch den Artikel auf Seite 6

Zukunft der beruflichen Frauenförderung in Wuppertal

Die Regionalstellen Frau und Beruf sollen, wenn es nach den Planungen der schwarz-gelben Landesregierung geht, komplett geschlossen werden. Die GRÜNE Fraktion fragte in der Ratssitzung nach den Konsequenzen dieser Entscheidung für Wuppertal.



Irmgard Wohler bedankt sich im Rat für die Auszeichnung als Alt-Bürgermeisterin

Sie stellte den Antrag, dass der Rat sich gegen die Streichung ausspricht. Leider erklärten CDU und SPD den Antrag für erledigt. Siehe Artikel auf Seite 7

Gleichbehandlung von Geschwisterkindern

Wenn Geschwister in Kindertagesein-

richtungen untergebracht sind, werden Elternbeiträge nur für das erste Kind erhoben, alle weiteren sind davon befreit. Die GRÜNE Fraktion beantragte, dass diese Befreiung auch für Kinder gelten soll, deren Geschwister Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule wahrnehmen. CDU und SPD beschlos-

sen, dass der Rat sich nicht mit dem Thema befasst. Siehe auch Artikel auf Seite 5

Fluglärmmmission

Die GRÜNE Fraktion beantragt die Mitgliedschaft in der Fluglärmmmission, da sich durch geänderte Flugrouten am Düsseldorfer Flughafen der

Flugverkehr auch über Wuppertal ausgeweitet hat und mehr BürgerInnen Wuppertals unter der Lärmbelastung leiden. CDU und SPD lehnten den Antrag ab. Siehe auch Artikel auf Seite 4

Änderung der Ehrenordnung

Im Mai dieses Jahres hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Stadtverordnete keine Amtsträger sind, sondern rechtlich wie Abgeordnete zu behandeln sind. Das bedeutet, dass Vorschriften über Bestechlichkeit und Bestechung nicht anwendbar sind. Die Wuppertaler Ehrenordnung enthält noch einen Passus zur Amtsträgerschaft. Die GRÜNEN starteten deshalb eine Initiative zur Anpassung der Ehrenordnung, die nun zusätzlich eine Selbstverpflichtung der PolitikerInnen erhält, bei Verstoß § 5.2 (Annahme von Spenden) ihr Mandat zurückzugeben. Der Rat verpflichtet sich, diese Menschen nicht in städtische Gremien zu wählen. Alle Fraktionen brachten den Änderungsantrag interfraktionell in den Rat ein, er wurde einstimmig beschlossen.

Kinder- und Jugendförderplan 2006-2009

Insgesamt fünf Änderungsanträge stellte die GRÜNE Fraktion gemeinsam mit der FDP zum Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans, denn die Vorlage der Verwaltung ist nach Auffassung der GRÜNEN zu wenig konkret. Näheres siehe im Artikel auf Seite 3

grün[®]
Keiner wie wir.